

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Pfg. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Tschechien, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 Pfg., für das übrige Ausland 27 Pfg. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 10 Pfg. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 86.

Die achtspaltige Neupostzeitung oben deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Annahme der Ententeforderungen

## Die deutsche Erklärung

Berlin, 11. Mai (Amtlich).

Der Deutschen Botschaft in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Uebermittlung an Lloyd George telegraphisch übersandt worden:

Auf Grund des Beschlusses des Reichstags bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschliessung der alliierten Mächte vom 5. April 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären: Die deutsche Regierung ist entschlossen:

1. Ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt sind, zu erfüllen.
2. Ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantien annehmen und zu verwirklichen.
3. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abstützung zu Land, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind.
4. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegesbeschuldigten durchzuführen, und die übrigen unerfüllten, im ersten Teile der Note der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen.

Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. gez. Wirth.  
Diese Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

## Nach der Annahme des Ultimatums Der Kalender der französischen Nationalisten

Paris, 11. Mai. (W.F.)

Das neue Ministerium und der gestrige Beschluß des Reichstages werden von der Pariser Presse besprochen. Vertinax schreibt im „Echo de Paris“, ob der Regierungschef Ebert, Scheidemann, Bauer, Müller, Fehrenbach oder Wirth heisse oder die Mehrheitssozialdemokratie an der Kombination teilnehme oder ob die Volkspartei sie erzeuge, das Personal, das vorübergehende, ändere sich nicht. Es sei kein Anlaß vorhanden, auf eine plötzliche und kollektive Befehrerung des deutschen Volkes und seiner Führer zu rechnen. „Zeit Parisien“ sagt: Das Ministerium werde nur eine Mehrheit von 20 bis 30 Stimmen haben und könne infolge der Stärke der reaktionären Presse keine starke Regierung sein. Aber es stelle vielleicht gegenwärtig die am wenigsten schlechte Kombination dar, wenn man eben nicht Deutschland Stimmes, Hefflich und Konforten überlassen wolle. „Zeit Journal“ sagt: Die Mobilisierten der Jahressklasse 1919 seien glücklich bei dem Gedanken, daß der Reichstag unter ihrem Zwang die Annahme des Ultimatums gutgeheißen habe. Aber das Abkommen von London habe nicht nur eine kategorische Ablehnung, sondern auch spätere Verschleungen vorgezogen. „Journal“ erklärt: Morgen also werde Deutschland eine neue Unterschrift zu denen fügen, die es schon gegeben habe. Aber diesmal müsse es genau wissen, daß es auf die Stunde die Verpflichtungen ausführen müsse, die es übernommen habe. Ein genauer Kalender sei aufgestellt worden und an jedem der Verfalltage werde die Entente, ob es sich um Reparationen oder um Entwaffnung handele, sich einer Reaktivität gegenüber befinden.

## Amerika in der Wiedergutmachungskommission

Aus Paris wird gedruckt:

Herr Boyden, der amerikanische Delegierte des Wiedergutmachungsausschusses, hat seine Tätigkeit als offizieller Vertreter der Vereinigten Staaten nach elfwöchiger Abwesenheit wieder angetreten. Die Delegierten der Kommission haben ihre Freude über seine Rückkehr ausgedrückt. Während einer offiziellen Sitzung bewillkommnete der Präsident der Kommission, Louis Dubois, seinen Kollegen und betonte den Wert und die Bedeutung der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihr vollständiges Einverständnis in einer so offenen und ungewöhnlichen Weise bewiesen hätten, indem sie gerade den Augenblick wählten, in dem die deutsche Regierung über die Annahme der Forderungen der Alliierten beratschlagte. Herr Boyden bedankte sich bei seinen Kollegen und beglückwünschte die Wiedergutmachungskommission für die mühselige Aufgabe, und daß sie diese Aufgabe glücklich zu Ende geführt habe.

CC. Paris, 11. Mai.

Das „Journal“ meldet, daß sich die Reparationskommission nunmehr der Eintreibung der ersten deutschen Zahlungsbonds zuwenden wird. Diese werden unter dem Titel „Deutsche Reichs-

schuld“ herausgegeben werden und der kleinste Abschnitt 500 M. betragen. Ob man den ganzen Betrag auf einmal auf den Markt werfen wird, scheint noch fraglich. Man rechnet damit, daß Deutschland bis 1922 4½ Milliarden Goldmark für die Kupons bezahlen können wird. Von diesem Betrag erhält Frankreich 53 Prozent, nämlich 52 Prozent gemäß dem Abkommen von Boulogne und ein Prozent als Rückzahlung für die Prioritäten, die Belgien bei der Auszahlung der Entschädigungssumme zugestanden wurden. Wenn man auch die Verbesserung der Saluta berücksichtigt (man berechnet den Dollar mit 9 Frcs.), ist Frankreich in der Lage, aus den von Deutschland bezahlten 4½ Milliarden ungefähr 6 Milliarden Papierfrancs zu erzielen. Das Budget für die Sanktionen und die befreiten Gebiete wird 1922 11 Milliarden betragen. Es wird somit nur nötig sein, da Deutschland 6 Milliarden bezahlen wird, für 5 Milliarden Zinsverschreibungen zu verkaufen, um das französische Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

## Belgien und die Sanktionen

CC. Brüssel, 11. Mai.

In der belgischen Kammer gab der Außenminister Jaspar längere Erklärungen über die Londoner Konferenz. Er sagte, daß die in London getroffenen Entscheidungen die Entente unter den Alliierten gefestigt habe, daß alle Alliierten daran teilnahmen. Belgien war zu einer versöhnlichen Politik bereit, hat aber bei den Deutschen weder den Geist des Friedens noch den Geist der Versöhnlichkeit gefunden. Wenn am 13. Mai die militärischen Maßnahmen in Kraft getreten sein werden, so werde das geschehen, weil Deutschland nicht auf den Vorschlag zur Versöhnlichkeit eingehen wollte. Deutschland hat jetzt noch eine letzte Gelegenheit, und Belgien wünscht, daß es diese ergreife.

Die Erklärungen Jaspars wurden beifällig aufgenommen. Der Kammerpräsident dankt dem Minister und den beiden übrigen Delegierten, die zur Konferenz entsandt worden waren, für die geleisteten Dienste. Eine gleichartige Erklärung gab Jaspar dann dem Senat. Die Erörterung über die Regierungserklärung wurde auf die nächste Kammer Sitzung verschoben, weil der Präsident der Arbeiterpartei Gelegenheit geben wollte, sich über ihre Haltung schlüssig zu werden. Der Generalkrat hat sich bekanntlich gegen die Sanktionen ausgesprochen. Die Mehrheit der Kammerdelegierten der Sozialistischen Partei scheint jedoch nicht derselben Ansicht zu sein. Deshalb wurde von den Abgeordneten der Sozialistischen Partei eine neue Sitzung des Generalkrats der Parteien herbeizuführen und vielleicht sogar einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten. Die Mehrheit der sozialistischen Kammerabgeordneten scheint für eine Zustimmung zu den Sanktionen zu sein.

## Schutzzolldebatte in England

Paris, 10. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus London setzte das Unterhaus heute die Beratung über die vom Präsidenten des Handelsamts vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das Dumping fort. Asquith erklärte, der Schutz der englischen Industrie sollte auf die Gewährung staatlicher Beihilfe beschränkt werden. Ein Schutzzoll sei zu verwerfen. Einfuhr ausländischer Ware bedeute keine Gefahr für den englischen Handel. Die völlige Freiheit des Handels sei das beste Mittel, um den internationalen Wechselmarkt wieder in Ordnung zu bringen. Lloyd George erwiderte, der Gesetzentwurf sei die natürliche Folge der in Paris gefassten Beschlüsse. Tausende von Erzeugnissen seien während des Krieges geopfert worden, weil die Hauptindustrien des Landes ohne Schutz gewesen seien. Wenn Deutschland z. B. keine chemischen Fabriken gehabt hätte, wäre der Krieg zwei Jahre früher beendet gewesen. Man müsse ein kurzes Gedächtnis haben, wenn man vergesse, daß z. B. bei Beginn des Krieges England keine Magnetkabel für seine Fahrzeuge hatte. Noch einmal dürfe man ein solches Risiko nicht laufen. Die Erhebung von Zöllen sei das beste Mittel gegen das Dumping. Die Erstickung der englischen Hauptindustrien durch ausländische Produkte könne man doch nicht als Freihandels bezeichnen. Was die Wiederherstellung der Wechselkurse betreffe, so sagte Lloyd George nach dem Havastext: Wir haben den Beweis, daß Deutschland diese Wiederherstellung vorzüglich verhindern will. Wir bringen das Gesetz ein, um diesem Zustand ein Ende zu machen.

## Vor der Umbildung der preussischen Regierung?

Die Neubildung des Kabinetts im Reich wird seine Rückwirkung auch auf die Regierungsbildung in Preußen ausüben. Auch dort soll die alte Koalition wieder erneuert werden. Es ist zu erwarten, daß Ministerpräsident Stegerwald zurücktreten und seine Stelle Rechtssozialist Braun einnehmen wird. Der Posten des Innenministers würde dann wieder Severing übertragen werden.

## Nach der Krise

Die Krise ist für den Augenblick überwunden. Daß es überhaupt zu dieser fürchterlichen Situation gekommen ist, ist Schuld jener Parteien, die seit dem Zusammenbruch und namentlich während des letzten Jahres die Außenpolitik des Reiches bestimmt haben. Die katastrophale Entwicklung ist vor allem erzeugt worden durch die Sabotage und die Resistenz der „nationalen“ Parteien. Das Schlimmste ist von ihnen nicht einmal so sehr durch ihre parlamentarische Haltung bewirkt worden. Aber diese nationalen Parteien haben ihren ganzen Einfluß auf die Bureaucratie, die noch immer zum allergrößten Teile ihr angehört, haben durch den Widerstand gegen die für die Ausführung des Friedensvertrages notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen, durch die Anstachelung der Generalkritik zum Widerstand gegen die Entwaffnungsforderungen erst jene Stimmung erzeugt, in der eine vernünftige, den deutschen Interessen angemessene Außenpolitik überhaupt unmöglich wurde.

Diese Außenpolitik selbst war aber ohne jedes klare Ziel und ohne jede Energie, und statt der notwendigen Kritik, fand sie noch jene dumme Verteilung durch eine Presse, die jeden falschen Schritt als den Weg ins Freie, jede Unterlassung als Wahrung der nationalen Würde ansah. Als dann aber kam, was kommen mußte, als es zu spät war, sind diese bürgerlichen Parteien befeuert und haben das Verbrechen der Feigheit vor dem Feinde begangen. Sie überließen den sonst so gehähten Sozialisten die Aufgabe, das deutsche Volk vor dem Einmarsch einer erobernden Armee zu schützen und wenigstens die unmittelbare Gefahr abzuwehren. Kaum ist aber der Feind zum Stehen gebracht, da kehrt dieses Gesindel zurück, schreit, was für mutige Taten es vollbracht hätte, und fällt von hinten diejenigen an, die gehandelt und in letzter Stunde gerettet haben, was die anderen in höchste Gefahr gebracht hatten.

Wenn die Unabhängige Sozialdemokratie und die Rechtssozialisten darin übereingestimmt haben, daß sie die Verantwortung für eine Ablehnung des Ultimatums nicht übernehmen können im Interesse der deutschen Arbeiterschaft sowohl als auch im Interesse des schwereren Werks, den Frieden in zähem Ringen gegen eigene und fremde Gewaltpolitik allmählich zu erringen und zu befestigen, so trennten sich ihre Wege bei der Regierungsbildung. Wir waren der Ansicht, daß das Verlagen der bürgerlichen Politik dem Sozialismus die Möglichkeit gab, selbst die Regierung zu übernehmen, das Notwendige zu tun, und bei einem später einsetzenden Widerstand der bürgerlichen Parteien das Volk selbst entscheiden zu lassen. Die Rechtssozialisten haben nochmals den Versuch mit der Koalitionspolitik unternommen. Aber sie selbst halten wohl angefaßt der Erfahrungen der letzten Zeit diesen Versuch nicht für allzu aussichtsreich. Die Frage der sozialistischen Regierung, die sie heute verneint haben, wird bald wieder auf der Tagesordnung stehen.

Die gestern gebildete Regierung wird in der Presse vielfach als ein kurzes Provisorium angesehen. Größtes ist es allerdings, wenn das „Berliner Tageblatt“, wenn jene Demokraten, die mit der Deutschen Volkspartei zusammen davonstiegen, aber schließlich doch noch im letzten Moment umkehrten und in die Regierung hineinschüpften, mit der Forderung auftreten, jetzt, nachdem das Schlimmste vorüber, die Deutsche Volkspartei, die eben ihre völlige Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit offenbart hat, im Reich und in Preußen in die Regierung aufzunehmen. Dieses Verlangen zeigt nur, wie diese Demokraten immer mehr ein Herz und eine Seele mit den Volksparteilern werden, und welche Angst sie davor haben, andere als reaktionär-kapitalistische Politik zu treiben. Aber die Demokratische Partei ist schließlich nur eine Bagatellesache.

Wiel wichtiger ist etwas anderes. Man mag die Lebensdauer dieser Regierung und dieses Parlaments beurteilen wie man will, das deutsche Volk darf jedenfalls nicht wieder dulden, daß Zeit verloren und in Passivität und Untätigkeit verharret wird. Die Annahme des Ultimatums stellt ungeheure Anforderungen an die deutsche Wirtschaft. Sie können nur erfüllt werden, wenn unsere ganze Politik planmäßig in den Dienst der Steigerung der Produktivität und der Aufbringung der notwendigen Mittel gestellt wird. Neue Wege müssen eingeschlagen werden. Mit dem bisherigen Steuersystem allein wird ein Auskommen angesichts des Widerstandes der nationalen besitzenden Kreise nicht gefunden werden können. Man wird auf direktere Weise der Industrie und dem Großgrundbesitz die großen Gewinne abnehmen und sie zu den Lasten, die ihre Politik uns auferlegt, heranziehen müssen. Man wird eine Wirtschaftspolitik mit aller Energie in Angriff nehmen müssen, die die Arbeitslosigkeit einschränkt und Beschäftigung schafft, indem sie mit der Organisation der Produktion endlich ernst macht und damit der gesamten Wirt-



# Polen und die Alliierten

## Sozialpatriotische Handlangerdienste

Schaft einen neuen Anstoß gibt. Man wird die Entwaffnung ernst und schleunig durchzuführen müssen, damit an dem wirklichen Willen des deutschen Volkes, den Friedensvertrag auszuführen, kein Zweifel bestehen kann. Man wird eine Außenpolitik treiben müssen, die endlich den wirklichen Verhältnissen Rechnung trägt, die dem deutschen Volke stets klar sagt, was ist, und die das feste Ziel verfolgt, alles daranzusetzen, um neue Katastrophen zu vermeiden und die notwendige Atmosphäre zu schaffen, in der unerträglich schwere Bedingungen abgeändert werden, und schließlich die ökonomische Notwendigkeit des Wiederaufbaues des gesamten europäischen Wirtschaftslebens und der Herstellung eines wirklichen Wirtschaftsfriedens sich auch politisch auswirken kann.

So provisorisch diese Regierung also auch sein mag, so darf sie nun etwa nicht diesen Umstand als Ausrede und Vorwand benutzen. Die Lage erfordert umgekehrt, daß sie die größte Aktivität auf allen Gebieten entfaltet.

Dazu gehört aber, daß sie auch in der inneren Politik die dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse erfüllt. Die politischen Augenblicksforderungen hat Genosse Ledebor bereits im Reichstag genannt. In der deutschen Arbeiterklasse, die eben jetzt wieder das Reich vor der Katastrophe gerettet hat, herrscht über das törichte und brutale Vorgesellschaftssystem, zu dem der Kommunismusputz den Vorwand geliefert hat, die stärkste Erbitterung. Die Retter des Reichs wollen nicht den Reichsfeinden in Justiz und Verwaltung ausgeliefert sein. Ausnahmezustand und Sondergerichte müssen verschwinden, sie sind eine Brutalität und eine politische Dummheit zugleich. Durch eine Amnestie der politischen Verurteilten muß ein Strich durch die jüngste Vergangenheit gezogen werden. Die Unterdrückungspolitik muß aufhören, sie ist auf die Dauer nicht minder verderblich, als die irrsinnige Putzakt der Kommunisten.

Herr Dr. Wirth hat gestern von der „deutschen Freiheit“ gesprochen. Dazu gehört aber nicht nur politische Freiheit, sondern vor allem auch die ökonomische Befreiung von der Herrschaft des Stinnes und seiner Kollegen. Wenn Deutschland den Friedensvertrag erfüllen soll, dann muß die Diktatur dieser Kapitalmagnaten gebrochen, dann muß das deutsche Volk und nicht einzelne Machthaber die Verfügung über die Grundlagen seiner Wirtschaft, über die Rohle, haben. Es gibt aber nur ein Mittel, um die ökonomische Macht und damit zugleich den politischen Einfluß dieser unheilvollen Clique zu brechen, das ist die Sozialisierung der Bergwerke!

Ob die neue Regierung eine solche Politik führen wird? Wir stehen dieser Regierung mit großer Skepsis gegenüber. Wir wissen aus den bisherigen Erfahrungen nur zu gut, wie wenig Koalitionsregierungen imstande sind, energische und zielbewusste Politik zu treiben. Es wäre auch leicht, scharfe und begründete Kritik an den Personen dieser Regierung zu üben. Der „Vorwärts“ sagt mit Recht, daß infolge der Mäßigkeit ihres Entstehens der Personenfrage nicht die notwendige Aufmerksamkeit zugewandt werden konnte. Aber wir wollen diese Regierung, die unter dem Druck großer Not entstand und unter diesem Druck arbeiten wird, nach ihren Taten beurteilen. Der Maßstab dieser Beurteilung ist für uns ausschließlich das Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Von diesem Interesse allein werden wir uns in unserer Stellung bestimmen lassen.

Der norwegische Gesandte in Berlin, Willebaek, wurde zum Gesandten in Stockholm und der norwegische Gesandte in Rom, Scheel, zum Gesandten in Berlin ernannt.

Die Lübecker Neuwahlen. In der Stadt Lübeck, die infolge der Verweigerung der Bewilligung neuer Steuern bankrott geworden war, was zur Auflösung der Stadtverordnetenversammlung führte, fanden Neuwahlen statt. Die Neuwahlen haben den sozialistischen Parteien wieder eine Mehrheit gebracht. Es wurden 8 Bürgerliche, 8 Kommunisten und 2 Unabhängige zu Stadtverordneten gewählt.

Zum amerikanischen Schifferstreik. Versuche, um zwischen dem Schifferpersonal und den Reedern zu einer Einigung zu gelangen, sind gescheitert, da die letzteren auf der 15 prozentigen Lohnermäßigung bestehen.

## Ein Großstadtdorf

Ein „Großstadtdorf“? Der Leser schüttelt verwundert das Haupt ob dieses Widerspruchs in einem einzigen Wort. Aber ich kann ihm nicht helfen: es stimmt schon! Wenn ihm an des Rätsels Lösung gelegen ist, muß er sich schon mit mir auf eine Berliner Elektrische setzen und mit nach dem benachbarten Neukölln fahren, das unmerklich in Berlin SO. übergeht.

Wir steigen an der Richardstraße aus. Ihren Namen nach dem Tempelritter Richard aus Tempelhof trägt, dem Begründer des einstigen Rixdorf; wie aus einem zu eng gewordenen Rod ist es dann allmählich aus diesem bescheidenen Namen herausgewachsen und hat sich als moderne Großstadt bekanntlich in „Neukölln“ umgetauscht. Was aber nicht verhindern konnte, daß inmitten seiner hohen, modernen Wohngebäude, Altpfaffenstraßen, elektrischen Bahnen und Bogenlampen das „Böhmische Dorf“ unberührt erhalten blieb, dem unsere Forschungsreise gilt. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts siedelte Friedrich Wilhelm I. hier auf den damaligen Köllnischen Wiesen aus Böhmen ausgewanderte Bauern an, und um ihre und ihrer Nachkommen Hoffnungen handelt es sich bei diesem Dorf im Herzen der Großstadt.

Schon in der Richardstraße fallen uns vereinzelte Häuschen, echt ländlichen Charakters auf mit hohen, ziegelbelegten Giebelwänden, Fensterläden und Hofeingängen. An dem einen liest man eine Inschrift in altimodischen Buchstaben: „Andenken v. d. gro. Brande d. 28. April 1849, der alle unser Habe beraubt hat und mit Gottes Beistand in dem selben Jahre wieder erbaut worden ist. Marekisch und Stralow.“ Ein etwas böhmisches Deutsch, aber gut gemeint. Dann biegt der Ortskern — ein Zufallswanderer findet nicht! — links in die Kirchgasse ein und steht auf einem kleinen Platz vor dem hübschen Denkmal, das „die dankbaren Nachkommen der hier ausgewanderten Böhmen“ Friedrich Wilhelm I. gewidmet haben, wie es auf dem Sockel heißt. Da sieht die rundliche Gestalt des „Soldatenkönigs“, den Krüskopf in der einen Hand, die andere in einladender Bewegung, als wollte er zu den reisenden Böhmen sagen: „Kommt her zu mir alle...“ Eine Plakette unten am Sockel zeigt uns Böhmisch-Rixdorf, wie es anno 1755 aussah. Sehen wir uns nun das von 1821 an.

Ein wunderschöner, mächtiger Kastanienbaum mit zahllosen Blütenkerzen wacht an der Schwelle des böhmischen Dorfes. Ein paar Schritte links — und vor den überraschten Blicken öffnet sich eine richtige Dorfstraße. Zur Linken eine dichte Reihe von Scheunen aus Lehm und Fachwerk, und rechts hinter Statendünen und buntblühenden Vorgärten die niedlichen Bauernhäuschen mit ihren Ställen und Schuppen. Die lärmende Groß-

Nach einer Meldung aus Warschau wurde in einer Konferenz der polnischen Sozialistischen Partei ein Aufruf an die Sozialisten Englands, Frankreichs und Italiens angenommen, mit der Aufforderung zur Unterstützung der polnischen Ansprüche auf Oberschlesien.

Aus dem Wortlaut der Meldung geht nicht hervor, ob die Sozialistische Partei Polens ihre Ansprüche lediglich auf die Bezirke mit polnischer Mehrheit, oder auf ganz Oberschlesien anmeldet. Aber selbst wenn das letztere nicht der Fall sein sollte, bedeutet der Appell der polnischen Sozialisten in dem gegenwärtigen Augenblick nichts weiter, als eine moralische Unterstützung der Aktion Korfants, die mit der Lösung der ober-schlesischen Frage nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker nichts zu tun hat, sondern ein nationalistisches Brigantenunternehmen nach dem Muster General Zeligowskis in Wilna darstellt. Mittels dieser Aktion soll der Entscheidung des Obersten Rates, die auf Grund der Abstimmungsergebnisse in Oberschlesien vorgenommen werden soll, vorgegriffen werden. Nicht die Grundsätze des Rechts sollen hier den Ausschlag geben, sondern die militärischen Aktionen der polnischen Putzisten sollen die Alliierten vor eine vollendete Tatsache stellen.

Diese objektive Tatsache wird auch der Aufruf der polnischen Sozialisten nicht aus der Welt schaffen. Es ist ein trauriger Beweis für die nationalistische Verfechtung der stärksten Partei des polnischen Proletariats, daß sie sich bedenkenlos auf die Seite des bürgerlichen Nationalismus stellt und die polnische Arbeiterklasse vor den Wagen einer Politik spannt, die weder den Interessen des Friedens und der Völkerveröhnung, noch denen des Sozialismus und der proletarischen Machterweiterung dient. Keinerlei taktische Rücksichten und innerpolitische Spekulationen, mit deren Hilfe die polnischen Sozialisten ihre Haltung zu begründen suchen, werden die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die sozialistische Partei Polens durch ihre Unterstützung des neuen kriegerischen Abenteuers der polnischen Bourgeoisie, bewußt oder unbewußt, der friedlichen Lösung des ober-schlesischen Problems entgegenarbeitet, und durch Aufpeitschung der nationalistischen Instinkte, durch gemeinsames Vorgehen mit den imperialistischen Räubern, die kriegerischen Gefahren und die internationalen Komplikationen im Osten ungeheuer verschärft.

Der Aufruf der Polnischen Sozialistischen Partei dürfte deshalb bei allen proletarischen Parteien, selbst bei denen, die zusammen mit der B. P. S. in der Zweiten Internationale sitzen, eine scharfe Ablehnung finden, denn er zeigt erneut, daß die bitteren Lehren des Krieges spurlos an dieser Partei vorübergegangen sind, die durch ihre Kapitulation vor dem Nationalismus zu einem Hemmnis des europäischen Friedens und zu einer Handlangerin der internationalen Reaktion geworden ist.

## Die Demütigung der Alliierten

London, 8. Mai.

„Times“ meldet aus Beuthen: Die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und den polnischen Aufständischen hätten zu der Anerkennung der Korfantslinie als Demarkationslinie der Aufstandsbewegung geführt. Die Interalliierte Kommission übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebiets. Die Aufständischen erhielten jedoch die Kontrolle der Eisenbahnen. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demütigung der Alliierten in Oberschlesien vollständig. In Beuthen befindet sich ein Bataillon französischer Jäger mit Tanks zur Aufrechterhaltung der Ordnung, trotzdem könnten die bewaffneten Aufständischen ungestraft die ganze Nacht die Stadt durch Schießereien wachhalten. Die Autorität des britischen Kontrollieurs des Beuthener Stadtkreises sei auf die

vier Wände seines Hauses beschränkt. „Times“ zufolge können Worte die Erbitterung und Enttäuschung der britischen und italienischen Vertreter nicht schildern. Seit Monaten sei die Parteinahme der Franzosen zugunsten der Polen bekannt; die Italiener, die 30 oder 40 Mann an Toten verloren hätten, würden, dem gleichen Blatte zufolge, kaum gleichgültig verharren.

## Die Alliiertennote an Polen

Utd. Tel. London, 11. Mai.

Die Alliierten haben an die polnische Regierung eine in sehr entschiedenem Tone gehaltene Note gerichtet, in der Polen aufgefordert wird, seine Grenze gegen das ober-schlesische Aufstandsgebiet unverzüglich zu sperren. Die Alliierten betonen, daß über die Zukunft des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes bisher vom Obersten Rat noch keinerlei Entscheidung getroffen wurde.

## Erste Stimmung in Italien

London, 11. Mai.

„Morningpost“ meldet aus Rom, in italienischen amtlichen Kreisen werde den Berichten aus Oberschlesien große Bedeutung beigemessen. Der nach der italienischen konstitutionellen Praxis ungewöhnliche Schritt des Königs, der Graf Sforza nach dem Cautrinal berief und den Wunsch ausdrückte, über die Ereignisse der Londoner Konferenz und über die Haltung der Alliierten gegenüber den letzten Ereignissen eingehend unterrichtet zu werden, kann als ein Beweis für die erste Wirkung angesehen werden, die die Verluste der Italiener in Oberschlesien auf die öffentliche Meinung Italiens gehabt haben.

## Deutsche Forderungen an die Interalliierte Kommission

U. Oppeln, 11. Mai.

Die Leitung des deutschen Selbstschutzes in Oppeln hat gestern nacht 5 Uhr der Interalliierten Kommission folgende Forderungen unterbreitet: 1. Die Interalliierte Kommission verpflichtet sich, Waffentransporte nicht mehr anzuhalten und nicht mehr zu beschlagnahmen. 2. Den deutschen Selbstschutz anzuerkennen und seine Bewaffnung zuzulassen. 3. Die Bestrafung des französischen Sergeanten, der an der Ermordung eines Deutschen schuldig ist, vorzunehmen. Die Abordnung wurde für gestern um 9 Uhr zur Kommission bestellt, um dort die Antwort in Empfang zu nehmen.

## Die Lage

EE. London, 11. Mai.

Die „Daily Mail“ erklärt heute, daß der Zustand in Oberschlesien in offiziellen Londoner Kreisen große Beunruhigung verursacht. Die große Gefahr nach englischer Auffassung bestehe darin, daß Deutschland zum Angriff vorgehen könnte und auch die Nachbarstaaten Rußland und die Tschechoslowakei eingreifen würden. Die „Chicago Tribune“ bringt einen Bericht ihres Oppelner Korrespondenten, dem ein italienischer Offizier mitteilte, daß er polnische Offiziere photographiert habe. Französische Offiziere in Gleiwitz ordneten an, daß die zuerst von der Plebiszitkommission in Oppeln verfügte Bewaffnung deutscher Freiwilliger zurückgezogen werde. Im selben Bericht wird behauptet, daß 18 000 Deutsche bereits ausgerüstet seien und eine wohlorganisierte Armee von 50 000 bald zur Verfügung stehen werde, die den Kampf gegen Polen aufnehmen würde. Auch andere Freiwilligenorganisationen, insbesondere die Orzech, spielen hierbei natürlich eine große Rolle, und man spricht bereits von 100 000 Mann, die zum Einmarsch bereitstünden.

Korfantj erklärt einem Berichterstatter des „Excellior“, daß die Arbeiter und Bauern Oberschlesiens entschlossen seien, bis auf den letzten Mann zu kämpfen, ehe sich wieder dem deutschen Joch zu beugen. „Wir haben für ewig mit Preußen gebrochen“, führte Korfantj aus, „und Polen ist stark genug, und zum Kampfe entschlossen. Wir haben fast das ganze Gebiet erobert, auf das Polen Anspruch hat und haben nicht die Absicht, darüber hinauszugehen. Aber wir werden uns auch nicht zurückziehen. Tausende von Injuranten sind bereit, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.“

## Die Theaterkritiker und Eisner

Wir zeigten am Sonnabend an einigen Zitaten, wie sich der reaktionäre Hag Berliner Theaterkritiker an Eisner gerieben hat. Nach den Zeitungen kommen die Zeitschriften, nach Herrn Dr. Monty Jacobs, der die Ermordung Eisners in der „Voll. Ztg.“ als „Buße“ bezeichnete, Herr Dr. Arthur Eloesser in der „Freien Deutschen Bühne“. Den Ermordeten, der sein ganzes Leben im Dienste der Arbeiterbewegung stand, ihr einmal seine Stellung, das anderemal sein Leben dargebracht hatte, und der als erster Deutschland von der monarchistischen Schande befreit hat, nennt Herr Eloesser einen „warmherzig dilettierenden Politiker“. Er erhielt darauf die folgende Abfertigung per Postkarte:

Herrn Kunstschriststeller Dr. Arthur Eloesser,

Charlottenburg...

Wie kommen Sie dazu, den ermordeten Kurt Eisner, die leuchtendste Persönlichkeit der deutschen Revolution, wohlwollend einen „warmherzig dilettierenden Politiker“ zu nennen? Sind Sie denn in politisch so sachverständig? Stehen Ihnen die Kriterien zu Gebote, nach denen eines Mannes Politik ernsthafte Tat oder Dilettantismus ist? Sind Sie urteilsfähig, sind Sie kompetent in dieser Frage? Sind Sie Politiker?

Da Eisner tot ist und sich nicht wehren kann, übernehme ich es, Sie darauf hinzuweisen, daß niemand weniger befugt ist, einem genialen Menschen, der unterlag, „Dilettantismus“ vorzuwerfen, als der, der nicht einmal Dilettant in dessen Sache, sondern einfacher Ignorant ist.

Ergebnis Kurt Hiller

Eine dritte Aufführung der „Götterprüfung“. Kurt Eisners Drama „Die Götterprüfung“ ist in der Volksbühne in zwei Sondervorstellungen am 1. und 8. Mai vor ausverkauftem Hause gespielt worden. Auch bei der zweiten Aufführung haben die wirksamen und künstlerisch wertvollen Mittelakte ihre Wirkung nicht verfehlt, so daß auch die zweite Aufführung mit lebhaften Beifallstundgebungen schloß. Eine dritte Sonderaufführung findet Sonntag, den 22. Mai, vormittags 11 Uhr, statt. Für diese Aufführung sind von unserer Partei eine Anzahl Eintrittskarten übernommen worden. Wir ersuchen unsere Genossen, sofort, wenn möglich noch heute, auf dem 3. Jahlabend, bei den Funktionären Karten zu bestellen, damit sie zurückgelegt werden können. Die Funktionäre werden gebeten, sich für den Verkauf zu interessieren und die Karten bald im Bureau der Arbeiterbildungsschule abzuholen.

Stadt ist versunken. Wir sind auf dem Lande. Hähne krähen, Hühner gadern, hier und da schnurrt ein Kater in der Sonne, Kanarienvögel hüpfen auf den Höhen umher, und über allem duftet der Flieder und Schimern die Obstblüten. All die ländlichen Häuschen gruppieren sich um einen altersgrauen, größeren Bau mit hohen Bogenfenstern und einem Türmchen mit Glocke und Uhr: die frühere böhmische Kirche, aus der heute heile Kinderstimmen tönen. Dann macht die Dorfstraße einen anmutigen Knick und ladet uns zur Betrachtung eines besonders reizenden Winkels ein: unter hohe, breitstämmige Bäume gekämmelt, wellabgelehrt, aber in puhiger Selbstgefälligkeit drei kleine schmale Bauernhäuser, blau und gelb und rosa gestrichen und auf den Wänden und Fensterläden mit drolligen Ranken und Blumenmustern bemalt. Bunt aufgeputzt stehen sie in ihren Fliedergärten zierlich da, wie eine Schöne vom Lande zu Pfingsten, wenn sie auf den Viehstien wartet. Ein Bildchen zum Verleben. Eine anheimelnde Stätte des Friedens und ländlicher Sonntagsruhe. Doch plötzlich weht ein verlorenen Ton herüber, und man erschrickt, — das Signal einer Elektrischen, wir sind in Berlin!

Nach eine Welle schreiten wir zwischen den Zäunen und Gemüsegärten des böhmischen Dorfes hin, dann verliert es sich allmählich in eine charakterlose Laubendelonie, und dahinter starren schon wieder die grauen Wände der modernen Mietskasernen zum Himmel. Nur noch ein kurzes Stück Wegs, und wir treten schon wieder resigniert auf das prosaische Pflaster Groß-Berlins, von eiligen Menschen umhastet, von dröhnenden Straßenbahnen umrattert. Jemandwo weit hinter uns, wie eine unwahrscheinliche Erinnerung, schlummernd das ruhevolle Idyll des Dorfes in der Großstadt.

R. Büttner

Theater der Goethe-Gesellschaft. Daß Goethe Tiefe und Eleganz besaß und Einfälle hatte, das konnte man wieder in der letzten Sonntagsvormittags-Vorstellung der Berliner Goethe-Gesellschaft im Deutschen Theater erkennen. Es wurden gespielt: das Fragment „Prometheus“, „Die Laune des Verliebten“ und „Der Bürgergeneral“. Prometheus: sehr unzugänglich (mit einem nazarenisch empfundenen Olymp und einem „artigen“ Städtchen Weimarer Park als Szenerie ist's nicht getan, vom Prometheus-Darsteller ganz zu schweigen). Das Schäferspiel: ganz reizend, ja vorzüglich, so daß dieses Stüchlein im besten Theater sich hätte sehen lassen dürfen, und das Lustspiel immerhin so, daß man über den politisch-reaktionären Witz hinweg, den sich der Autor prophetisch aus der „Täglichen Rundschau“ geholt, die ununterbrochene Lebendigkeit und die wirklich heitere Eingebung des von den Literaturherren vielgelästerten Stückes nicht übersehen konnte. Von den Kräften seien Maria Gard (Amine) und Fritj Hude (Schnaps) genannt. Das wohlbesetzte Publikum schien etwas bedrückt, es dachte: ob „unser“ Goethe im Bürgergeneral die bolschewistische Jakobinerangelegenheit wirklich gelöst hat? —

A. N.



# Die Presse zur Reichstagsitzung

Der „Vorwärts“ betrachtet das neue Kabinett nur als Kabinett, das zu dem Zwecke gebildet sei, durch Annahme und Ausführung des Ententeultimatums das deutsche Volk vor der Katastrophe, vor dem Untergang zu bewahren. Es könne im Augenblick keine Rede von der Schaffung von Reformen, von der Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaues sein. Die Notwendigkeit einer vernünftigen Katastrophe zu eingehen, ließe so trohend vor uns, daß alles andere dagegen verschwinde. Keine Sorge vor nationalstiller Heikarbeit könne die Sozialdemokratie bewegen, im schwersten Augenblick das deutsche Volk im Stich zu lassen. Die „Rote Fahne“ wiederholt zum tausendsten Male ihren alten Schwindel, daß die U.S.P.D. durch die Annahme des Ultimatums „schändlichen Verrat an den wirklichen Interessen des Proletariats“ getrieben habe. Die Forderung einer rein sozialistischen Regierung sei nun Scheinrevolutionär.

Die „Vossische Zeitung“ sagt, daß gestern in der entscheidenden Stunde allgemein das Gefühl der Erleichterung vorgeherrschte. Die Regierungserklärung habe einen sympathischen Eindruck gemacht. Die Tatsache, daß in allerletzter Stunde sich Männer gefunden hätten, die das deutsche Volk nicht führerlos in eine Katastrophe hineintreiben lassen wollten, sei nicht ohne Eindruck auch bei denen geblieben, die sich zur Ablehnung entschlossen hätten. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß die Deutschnationalen ihre bequeme oppositionelle Haltung in einer stillen Volksversammlung zum Ausdruck gebracht hätten. Da die parlamentarische Basis für ein Kabinett, das vor die ungeliebte Aufgabe gestellt sei, ernsthaft an die Erfüllung der Ententebedingungen heranzugehen, nicht breit genug sein könne, würde keine Ergänzung durch die Deutsche Volkspartei zu bestehen sein. Einseitigen aber verdienen die Männer, die in dieser Stunde die schwere Last auf sich genommen haben, Anerkennung, Unterstützung und Ermüdung.

Nach der „Germania“ hat das Zentrum ein Opfer damit gebracht, daß es die Führung in der neuen Koalition übernahm. Es habe in dem bisherigen Finanzminister Dr. Wirth einen einer besten und zielbewußtesten Köpfe an die Spitze der Reichsleitung gestellt und damit die Garantie erboten, daß hinter dem Reichstagsvotum auch der entschlossene Wille stehe, mit der Annahme des Ultimatums einer Politik endlicher internationaler Beruhigung und damit auch endlicher innerer Konzentration die Wege zu ebnen.

In der „Täglichen Rundschau“ hält Heinrich Kippeler die bedingungslose Annahme des Ultimatums für einen schweren Fehler, der sich in seiner verhängnisvollen Bedeutung schon recht bald zeigen werde. Der Beschluß des Reichstages sei die Fortsetzung der bisherigen Politik, der Entscheidung und augenblicklichen Gefahr durch Unterwerfen auszuweichen, dafür aber eine um so größere für die Zukunft heraufzubeschwören.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß der Reichstag das Spiel Frankreichs gespielt habe. Die neue Zusammensetzung der Reichsregierung mit ihrer sozialdemokratischen Vorherrschaft, mit ihrer Rückversicherung bei den Unabhängigen, entspreche durchaus französischen Wünschen. (Man sieht hieran wiederum, wie eng sich die Gedankengänge der Deutschnationalen und der Kommunisten berühren!) Die „Post“ meint, jetzt habe das lebende Geschlecht keinen Einfluß mehr, alles sei für Generationen verspielt. In der „Kreuz-Zeitung“ glaubt Graf Westarp, daß durch die Unterzeichnung des Ultimatums weitere Gewaltmaßnahmen der Entente zur Beruhigung Deutschlands nicht abgemindert werden würde.

## Der Schluß der Sitzung

Aus der gestrigen Sitzung des Reichstages ist noch nachzutragen, daß der Kommunist Koenen in seiner langen Rede die Tatsache zu rechtfertigen suchte, daß die Kommunistische Partei gemeinschaftlich mit den Deutschnationalen das Ultimatum der Entente ablehnte. Das Haus hatte sich gänzlich vereitelt, die eigenen Freunde des Redners glänzten entweder durch Abwesenheit oder sie ließen sich durch den endlosen Redeschluß in eine Schlummerstimmung einwiegen. Koenen schloß mit der Verlesung einer meterlangen Erklärung, deren einzelne Absätze auf den Bänken der Deutschnationalen mit lebhaftem Bravo begleitet wurden. Darauf erklärte Dr. Heim von der Bayerischen Volkspartei, daß sich keine Fraktion gegen die Annahme des Ultimatums entschieden habe. Die Bayerische Volkspartei halte die Forderung der Entente für sehr bedenklich, man könne aber jetzt an den Abbau der Einwohnerwehr herangehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß an ihre Stelle eine Verstärkung der Sicherheitspolizei trete. Den Rechtssozialisten war die Erinnerung daran unangenehm, daß die bayerische Einwohnerwehr eigentlich von dem früheren rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Hoffmann eingerichtet worden sei und daß sie bis heute in derselben Form fortbestehe. Dann kam die namentliche Abstimmung, deren Ergebnis wir bereits mit-

geteilt haben. Die Sitzung wurde um 12¼ Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung ist auf heute nachmittag 2 Uhr anberaumt.

## Gegen die Einheitsgemeinde

### Ein Zusatzantrag der Deutschen Volkspartei

Zu dem Antrage der deutschnationalen Landtagsfraktion auf größere Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke und Verkleinerung des Gebiets der neuen Stadtgemeinde, hat nun die Deutsche Volkspartei einen Zusatzantrag eingebracht, der u. a. fordert:

„Als Selbstverwaltungsangelegenheiten sind den Bezirken mindestens zu übertragen: a) das höhere und niedere Schulwesen mit Ausnahme des Fachschulwesens, b) das Straßenbau- und Fluchtlinienwesen für öffentliche Wohnstraßen, sowie die Straßenreinigung, c) die Verwaltung der in den Bezirken gelegenen, vorwiegend der Bevölkerung des Bezirks dienenden Anstalten.“

Die zur Verwaltung der den Bezirken übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten erforderlichen Mittel werden teils durch ihnen zu überlassende Steuern, teils durch nach festen und gleichmäßigen Grundätzen zu bemessende Dotationen der Stadtgemeinde Groß-Berlin aufgebracht. Außer den Selbstverwaltungsangelegenheiten sind den Organen der Bezirke städtische Auftragsangelegenheiten in weitem Umfange gesetzlich zuzuweisen, als solche kommen in erster Reihe das Wohnungs- und das Fürsorgewesen, das Jugendpflegen und die Jugendpflege in Betracht.“

Die Verwirklichung dieser Forderungen, die von denen der Deutschnationalen nur unwesentlich abweichen, würde eine neue ungewöhnlich schwere Erschütterung des eben langsam in Gang kommenden Verwaltungsapparats Groß-Berlin bedeuten. An eine finanzielle Gesundung aber wäre unter diesen Umständen überhaupt nicht mehr zu denken. Das aber scheint ja gerade der Hauptzweck auch dieses Antrages zu sein: die Bestehenden in den westlichen Vororten den Lasten zu entziehen, die vor allem durch ihre Schuld die Einheitsgemeinde zu tragen hat.

Bemerkenswert ist, daß die Demokraten sich vorerst gegenüber diesen Anträgen ablehnend zu verhalten gedenken. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Wir halten diese Vorschläge, an den heutigen Zuständen gemessen, für einen Rückschritt. Wenn man sich, so lange die Dinge in der Schwebe waren, zweifelhaft darüber sein konnte, ob die Entscheidung zugunsten der Einheitsgemeinde oder der Gesamtgemeinde fallen sollte, so ist heute die Rückkehr zur Gesamtgemeinde nicht mehr möglich.“

Dazu ist auch um so weniger Anlaß gegeben, als nach unserer Kenntnis die Verhandlungen über die Abgrenzung der Bezirke zwischen Magistrat und den Verwaltungsbezirken mit den Bezirksbürgermeistern bisher völlige Übereinstimmung ergeben haben.

## Gegen die nationale Verheerung

Die Deutsche Friedensgesellschaft bittet uns um die Veröffentlichung folgenden Aufrufs:

„Volksgenossen! Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, wendet sich an Euch mit der dringenden Bitte, Euch in der schicksalsschweren gegenwärtigen Lage, in die uns die Verblendung unserer Gewaltpolitiker gebracht hat, nicht beeinflussen zu lassen durch den Reiz der Revanche, der jetzt den Widerstand bis aufs Messer als einen Ausweg aus einer hoffnungslos verfahrenen Situation predigt.“

Wir warnen Euch vor der Aufpeitschung nationalstiller Leidenschaft.

Denkt daran, welche Ströme von Blut und Tränen diese Leidenschaft bereits gefordert hat!

Unsere Rettung liegt einzig in der Entschlossenheit, die Lasten, die nunmehr unvermeidlich geworden sind, auf uns zu nehmen. Je ehrlicher wir das tun, desto eher dürfen wir hoffen, die Sympathien der passivistischen und antikapitalistischen Bevölkerungsschichten der Ententeländer zu gewinnen, und wieder in das System der Weltwirtschaft eingegliedert zu werden.“

Kommunistenverhaftungen in England. Die Londoner Polizei hat acht Kommunisten verhaftet, darunter angeblich auch den Gründer der englischen kommunistischen Partei.

ermordet habe. Er wurde zum Tode verurteilt und bald darauf in Old Bailey gehängt.

Eine naturwissenschaftliche Dokumentenausstellung. Die Dokumentensammlung Darmstädter hat in der Preussischen Staatsbibliothek unter dem Titel „Vier Jahrhunderte Naturwissenschaften in Autographen und Dokumenten“ zahlreiche Werke ausgestellt, die für die Geschichte der Naturwissenschaften vom 16. bis zum 19. Jahrhundert charakteristisch sind. Um auch der Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, die Ausstellung zu besichtigen, wird sie an drei Sonntagen, am 22. und 29. Mai und 5. Juni von 10-11 Uhr geöffnet sein. Professor Darmstädter und seine Mitarbeiter werden anwesend sein und auf Wunsch Erläuterungen geben. Da in der Arbeiterschaft gerade für die Naturwissenschaft großes Interesse vorhanden ist, ist die Popularisierung einer solchen Ausstellung nur zu begrüßen.

Das Neugeborene ohne Einreisebewilligung. Aus Brauman am Inn schreibt man nach der „Neuen Generation“ dem „Cinger Volksblatt“: Vor einigen Tagen machte aus unserer bayerischen Nachbarschaft eine in geeigneten Umständen stehende Frau eine Hamsterreise aufs Land, um für die Feiertage Lebensmittel zu beschaffen. In einer Station in Oberbayern verließ sie den Zug und begab sich in ein gut bekanntes Dorf. Mit den nötigen Dokumenten versehen, mietete sie sich in einem Gasthause ein; bevor sie noch ihre Abfuhr erfüllen konnte, wurde sie von Geburtshelfern befallen, und am andern Tage hatte Oberbayern einen Staatsbürger mehr. Die Frau war nun gezwungen, für längere Zeit Aufenthalt zu nehmen, und suchte deshalb um die Lebensmittelkarten für sich und den neuen Staatsbürger an. Während der Frau dieselben zugestanden und ausgefolgt wurden, wurden sie dem Neugeborenen verweigert. Warum? Weil die Frau für den Kleinen keine Einreise- und Aufenthaltbewilligung besaß!

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Arkadi Awerstchenko: Der Tag der Frau Spandow, eine Humoreske. — Ernst Toller: Die Lubdiden (Drama in 4 Akten und einem Vorspiel), das Vorspiel. — Dr. K. Potonié: Botanisches von der Braunkohle. — Der Sternenhimmel im Mai. — Wirtschaft und Technik: Praktische Erfahrungen im Lehmstampfbau. Angekündigte Herrscher. Koffschäden an eisernen Gas- und Wasserrohren. Gasloshole. Verwendungsmöglichkeiten von Gummi. — Sport: Die Hygiene der Touristik. Turnerische Übungen. — Kotizbuch.

## Tages-Notizen

Volkshochschule Groß-Berlin. (Arbeitskreis Reußstr.) Der Historiker des Karlens Mark „Kapital“ wird am Sonnabend, den 14. d. M., aus. Theater. Staatsoper: Die Erbschaft von Sultan's Weibchen ist vom 13. auf den 16. Mai verschoben worden. Statt dessen wird am 12. März „Der Schatz“ gegeben. Die Erbschaft von „Sultan's Weibchen“ im Singspiel findet erst Sonnabend statt. Die „K. B. Zeitung“ hat ihren 5. Jahrgang im Großen Schauspielhaus (Sommertheater) am 17. Mai.

# Groß-Berlin

## Neuorganisation

### der städtischen Kleiderverwertungsgesellschaft

Wie wir erfahren, ist der Direktor Kowara von der Kleiderverwertungsgesellschaft, gegen den bekanntlich ein Strafverfahren eingeleitet wurde, aus seinem Amt ausgeschieden. Es ist ein neuer Aufsichtsrat gebildet worden, der aus Stadträten bzw. Stadtverordneten aller Parteien besteht. An die Spitze des Aufsichtsrates wurde Stadtrat Krohl berufen und zum Geschäftsführer Direktor Kieburg aus Reußlin ernannt. Beide sind Fachleute. Das Unternehmen wird voraussichtlich seine Tätigkeit auf alle Vororte in der Form ausdehnen, daß die in den einzelnen Orten der Einheitsgemeinden bestehenden Kleiderstellen in die R.-G. übergeben werden, womit die Versorgung der minderbemittelten Kreise in Groß-Berlin auf einheitlicher Grundlage erfolgen kann.

## Zur Beachtung für Alle!

Mängel in der Aufschrift der Postsendungen (wie unvollständige, ungenau oder undeutliche Bezeichnung des Empfängers, Fehlen der Angabe von Straße und Hausnummer, Gebäudetell, Stodwerk usw.) wirken besonders nachteilig für Absender und Empfänger. Genauigkeit, Vollständigkeit und Deutlichkeit der Aufschrift sind unerlässliche Voraussetzungen für richtige und schnelle Zustellung. Dies gilt namentlich für Postsendungen an Empfänger in der neuen Stadtgemeinde Berlin, wo Straßen mit gleich und ähnlich lautenden Namen mehrfach vertreten sind und viele Straßenzüge aus einem Postort in den anderen übergehen. Bei Sendungen nach dem Postort Berlin mit seinen zahlreichen Postämtern und außerdem hinter der Ortsbezeichnung der Postbezirke (W, NW, N, S usw.) und die Nummer der Postleipostanstalt angegeben werden (z. B. Berlin W 8). Ebenso ist es dringend erwünscht, daß der Absender von Postsendungen auf deren Außenseite seinen Namen, Stand und Wohnort nebst Wohnung angibt.

Das Publikum handelt im eigenen Interesse und erspart gleichzeitig mit geringer eigener Mühe den Besteller unnötiges Treppensteigen usw., wenn es den Anregungen der Postverwaltung die erforderliche Beachtung schenkt. Den in Berlin wohnenden Briefempfängern ist weiter dringend zu empfehlen, daß sie auf Verwandte, Bekannte und Geschäftsfreunde wegen Vollständigkeit und Genauigkeit der Aufschriften einwirken, indem sie in ihren Briefen unter der Ortsangabe Reis die eigene Anschrift vollständig (mit Postbezirk, Postleipostamt, Straße, Hausnummer, Stodwerk) aufzuführen. Die Berliner Geschäftsleute nehmen in den Anzeigen in Berliner und auswärtigen Zeitungen und Zeitschriften zweckmäßig ebenfalls alle diese Angaben mit auf.

Für die zweckmäßige Fertigung der Aufschriften bei den nach Berlin gerichteten Sendungen gibt ein Ausschlag in den Schalter vorräumen der Postämter Anweisung.

## Jugendfürsorge in Neukölln

Die durch den Krieg hervorgerufene Zerrüttung zahlreicher Familienverhältnisse und die damit Hand in Hand gehende Vernachlässigung eines Teils unserer Großstadtkinder hat die Behörden veranlaßt, der gefährdeten Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Neuköllner Stadtverwaltung war deshalb vor Jahren dazu übergegangen, den Ausbau des städtischen Jugendamtes in der Weise vorzunehmen, daß einer neu zu bildenden Abteilung „Jugendfürsorge“ die Fürsorge für alle schulpflichtigen und arbeitsbedürftigen Jugendlichen beiderlei Geschlechts übertragen wurde. In zahlreichen Fällen gelang es bisher, durch gezielte Unterbringung auf dem Lande, wofür sich den Jugendlichen Arbeits- und Verdienstmöglichkeit, nicht zuletzt aber auch ein weiteres Fortkommen bot, die drohende Vernachlässigung abzuwenden. Dagegen mußten etwa 80 Jugendliche im Wege der Fürsorgeerziehung, durch Gerichtsbeschluß in Anstalten oder Familienpflege untergebracht werden. Bei diesen Kindern war entweder die Vermählung schon zu weit vorgeschritten oder es befand bei ihrem weiteren Verbleiben in der häuslichen Gemeinschaft die Gefahr einer völligen körperlichen und moralischen Zerrüttung.

Ein trauriges Kapitel bilden die verhältnismäßig zahlreichen Vergehen aller Art, die während der letzten Monate das Jugendgericht und die Staatsanwaltschaft beschäftigt haben. Die Strafjustiz ergibt für die Zeit vom 1. November 1920 bis 31. März 1921 nachfolgendes Bild. Verurteilt wurden insgesamt 28 Mädchen und 167 Knaben. Von den Mädchen befanden sich 5 im Alter von 13 Jahren, 2 von 14, 2 von 15, 6 von 16, 9 von 17, 2 von 18 und 2 von 19 Jahren. Die Verurteilung erfolgte in 19 Fällen wegen Diebstahls, 7 wegen Unterschlagung und 2 wegen Gewerbsundulds. Das Urteil lautete in 9 Fällen auf Freispruch, 11 auf Verweis und in 8 Fällen auf Gefängnis (4-28 Tag.). Von den männlichen Jugendlichen befanden sich 8 im Alter von 13, 24 von 14, 22 von 15, 41 von 16, 47 von 17, 23 von 18 und 2 im Alter von 19 Jahren. Die Verurteilung erfolgte in 128 Fällen wegen Diebstahls, 7 wegen Unterschlagung, 3 wegen Betruges, 1 wegen Schulverweigerung, 3 wegen Urkundenfälschung, 5 wegen unerlaubten Handels, 1 wegen leichter Körperverletzung, 1 wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, 3 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Fehlfahrt, 1 wegen Sittlichkeitsverbrechen, 1 wegen Meineids, 1 wegen Beistehens und 1 wegen Mordraubs. Das Urteil lautete in 28 Fällen auf Freispruch, 80 auf Verweis und in 55 Fällen auf Gefängnis (3 Tage bis zu 1 Jahr). In 6 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. In der Regel erhielten die Verurteilten eine Bewährungsstrafe. Die von den Gerichten vielfach angeordnete Schulauflage, die nicht als Polizeiaufsicht, sondern als Mithilfe bei der elterlichen Erziehung anzusprechen ist, wird vom Jugendamt, Abt. Jugendfürsorge, über 128 Jugendliche ausgeübt.

Für die überaus schwierige Arbeit in der Jugendgerichtshilfe und Jugendfürsorge haben sich aus allen Kreisen der Bevölkerung Neuköllns in dankenswerter Weise ehrenamtliche Helfer zur Verfügung gestellt, die in Konferenzen im Anschluß an unterrichtende Vorträge Gelegenheit finden, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Elternbeiräte. Am Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, die Vollversammlung sämtlicher Elternbeiräte statt. Genosse Dr. Löwenstein prägt über: Die gegenwärtigen Schulfragen und die Elternbeiräte. Es ist notwendig, daß alle Elternbeiräte erscheinen. Die U.S.P.D.-Lehrer sind hiermit eingeladen, Zentralausflug der Elternbeiräte U.S.P.D.

Gegen den Gebärzwang. Um die Bewegung für die Befreiung des bekannten Strafrechtsparagrafen zu verstärken, veranstaltet unsere Partei über dies Thema zahlreiche Veranstaltungen. Wir können leider nicht über alle berichten; zur Anregung sei jedoch ein solcher Bericht wiedergegeben.

In einer gut besuchten Versammlung des 14. und 15. Distrikts in der Aula, Zwinglstr. 2, sprach am Montag der Genosse Dr. — Rosen. Er wendete sich vor allem gegen die Annahme der „Deutschen Zeitung“, die gegen Moses den Vorwurf erhebt, er untergrabe die — deutsche Volkstrust. Genosse Moses ging auf die Unhaltbarkeit der §§ 218, 219 und 220 des Strafgesetzbuches ein, und wandte sich gegen die rückwärtsgerichtete Verfassung und erklärte, daß das Thema mit der moralischen Sittlichkeit und Moral nichts zu tun hat. Der sogenannte Abtreibungsparagraf ist ein Ausnahmefehler gegen die Arbeiter. Selbst Prof. Eißler, der bekannte Jurist, trat für eine Verringerung dieser Bestimmungen ein und wollte erst von einem bestimmten Zeitpunkt der Schwangerschaft an, diese Gesetzesparagrafen angewandt wissen. Moses rechnete mit den pflichtigen Deutlichen und Modernen und erklärte, daß der Kampf gegen die Ursache dieser gewalttätigen Fruchtabtreibungen aufgenommen werden muß und daß die Paragraphen 218 und 220 verschwinden müssen. Es gilt, auch auf diesem Gebiete allgemeine Aufklärung zu schaffen und das Verantwortungsgefühl der Männer zu stärken. Mos-



schloß mit dem Appell, in die politischen Organisationen einzutreten, um die Wucht des Proletariats zu stärken...

Vorbereitungssamstag 20. Ausführung des städtischen Marionettentheaters am Donnerstag, den 12. Mai...

Wer ist der Tote? Aus der Spree gelandet wurde gestern nachmittag die Leiche eines unbekannten Mannes...

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter...

abgeschlossene Wahl zeigte eine Beteiligung von 52 Prozent der Mitglieder. Abgegeben wurden insgesamt 11.503 Stimmen...

Die Arbeiter und Angestellten im Drenstein-Konzern

Eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Drensteinischen Betriebe, Drenth, Spandau, Teltow...

Die Versammlung lehnte nach eingehender Beratung die Erziehung von Pensionisten ab und nahm einstimmig folgende Entschließung an:

Der Gesamtbetriebsrat wird beauftragt, mit der Generaldirektion über diese Forderung in Verhandlungen einzutreten...

Zum Streik im Tiefbaugewerbe. Da die Verhandlungen der Parteien zu keinem Ergebnis geführt hatten, griff der Schlichtungsausschuss...

Knorr-Bremse. Ausgesperrte der Knorr-Bremse! Am Freitag, den 13. Mai, nachm. 4 Uhr, findet im Lokal von Blumbe eine wichtige Zusammenkunft statt...

1. Mittwoch. Kuswelle für die Konferenz am Donnerstag hat von den Abteilungen bei Herr, Raunstraße 9, abzuholen...

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Nichtenrode). Der Jahlabend fällt in den drei Orten aus, dafür am 7. Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung...

14. Verwaltungsbezirk (Rechtshilf, Reich, Rudow, Kadow). Ergänzungskommission. Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

15. Verwaltungsbezirk (Adlon, Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

16. Verwaltungsbezirk (Kaiser-Wilhelm-Stadt, Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

17. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Fehrbellin, Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

18. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

19. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

20. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

21. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

22. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

23. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

24. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

25. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

26. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

27. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

28. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

29. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

30. Verwaltungsbezirk (Köpenick). Abends 7 1/2 Uhr Vollversammlung bei Jankel, Dörmannstr. 212...

Gewerkchaftliches

Transportarbeiter für Amsterdam

Die Fortsetzung der Funktionär-Versammlung mit der Tagesordnung: "Moskau oder Amsterdam" fand am 8. Mai 1921 in den Germania-Sälen, Chausseestraße, statt...

Der Referent Farnig begründet in seinem Schlußwort die kommunistischen Hilfsmittel der List usw. und erklärte, daß diese gegen die Gewerkschaften angewandt werden müßten...

Niederlage der Kommunisten

Die Wahlen bei den Bauarbeitern haben mit einem Siege der Liste Thöns-Wartenberg geendet. Auf beiden Seiten wurde fieberhaft gearbeitet...

Die Wahlbeteiligung stieg erheblich gegen die früheren Jahre. Diese betrug, 1919 32 Prozent, 1920 26 Prozent, und die eben

Verkaufe: Handwagen, Rollstühle, Koffertwagen, Magazine, Bücher, billig! Fabrik Dresden, Straße 56.

Geld: für jede Verzinsung, höchste Ankaufspreise für Pfandbriefe, Wertpapiere, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher u. a.

Coney-Island Halensee 119-120 Kurfürstendamm 119-120 Amusement-Universum Täglich: Große Nachmittags-Konzerte, Obermusikkmeister Franz Gndrich, Abends: Das große Varieté, Elfen-Schloß: Eric Concertos Yankee Jazz-Band

Theodor Storm Meister-Novellen 454 Seiten Text Inhaltsverzeichnis: Immensee / Viola tricolor / Im Schloß Aquisubmersus / Garsten Curator / Der Schimmelreiter / Mehrere Gedichte

Stolzmann Belle Alliancestr. 100. Auf Teilzahlung! Anzüge für Herren u. Burschen festig und nach Mass prima Verarbeitung.

Achtung! Händler! Billigste Bezugsquelle! BOTTENFRAUEN stellt sofort ein Hauptexp. der „Freiheit“ Breite Straße 8-9

Wichtig für jeden Steuerpflichtigen Das neue Reichseinkommensteuergesetz mit Einleitung und Erläuterungen, Musterberechnungen, Sachregister, Einkommensteuer-Tabelle für Arbeiter, Angestellte u. Gewerbetreibende

Kleine Anzeigen: Entnahme in allen Epochen des Verlages. Das Heberschiffswort 2.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.

Verkäufe: Handwagen, Rollstühle, Koffertwagen, Magazine, Bücher, billig! Fabrik Dresden, Straße 56.

Kaufgefude: Zahle höchste Preise für Tapeten, alte und neue, Teppiche, Kissen, Polstermöbel, Leinwände, Gardinen, Bilder, etc.

Möbel: Möbel, gebraucht und neu, Stühle und Stühle, auf Rollen, 1900-er Möbel, Badmöbel 34, Kaminmöbel etc.